

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02 28) 21 9038/39  
Telex: 06 86 846 ppbn d

## Inhalt

Erich Wolfram MdB, Oberbürgermeister von Recklinghausen, kommentiert die Wende der Rechtskoalition in der Energiepolitik: Zurück in die Vergangenheit.

Seite 1

Fridolin Scheuble, Sprecher der SPD im bayerischen Landtag, befaßt sich mit dem Zustand der CSU: Krise an Haupt und Gliedern.

Seite 3

Dr. Liesel Hartenstein MdB, Arbeitsgruppe Umweltpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, zur Einstellung der Produktion des dioxinhaltigen Pflanzenschutzmittels 2,4,5-T: Auch Anwendung verbieten.

Seite 4

Karl Ravens MdL, Landesvorsitzender der niedersächsischen SPD, gedenkt des langjährigen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf, der heute 90 Jahre alt geworden wäre.

Seite 5

### Dokumentation

Die Essener SPD-Abgeordneten Otto Reschke und Peter Reuschenbach fragen in Schreiben an die Industrie- und Handelskammer sowie die Kreishandwerkskammer nach der Wirkung von Kohls Lehrstollen-"Garantie".

Seite 6

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

38. Jahrgang / 87

6. Mai 1983

### "Die Wende in der Energiepolitik"

Rechtskoalition verläßt die gemeinsame Basis

Von Erich Wolfram MdB  
Oberbürgermeister von Recklinghausen

Vor der Wahl wurde von der heutigen Regierungskoalition bestritten, daß sie eine Abkehr von der bisherigen Energiepolitik plant. Heute ist es offenkundig: Die Regierung Kohl/Genscher vollzieht auch in der Energiepolitik eine Wende zurück in die 50er und 60er Jahre!

Es besteht die Gefahr, daß es nur zwei Schwerpunkte der konservativen Energiepolitik geben wird:

- Der Markt bestimmt die Struktur der Energiewirtschaft und
- die Kernenergie wird forciert.

Vergessen sind die Erkenntnisse und Schwüre nach der ersten und vor allem nach der zweiten Ölkrise.

Vergessen ist in der heutigen Zeit des vorübergehenden Energieüberflusses, daß der Markt eben nicht in der Lage ist, die zukünftige Energieversorgung zu sichern.

Vergessen ist, daß die Importabhängigkeit vom Öl weiter verringert werden muß.

Nachgelassen wird bei den notwendigen Bemühungen, beim Energieverbrauch noch mehr zu sparen und die Fernwärme besonders zu fördern.

Am gravierendsten ist die Wende in der Kohlepolitik: Vergessen ist die Absicht, die bisherige Förderkapazität von rund 90 Millionen Jahrestonnen inländischer Steinkohlenförderung als Sockel zur Sicherung der zukünftigen Energieversorgung zu erhalten.



Die Kohle wird - wie in den 50er und 60er Jahren - wieder einem Verdrängungswettbewerb preisgegeben.

Während vor der Wahl noch gesagt wurde, die Castrop-Rauxeler Zeche "Erin" wäre die einzig stillzuliegende Schachanlage, werden heute weitere Zechenstilllegungen nicht ausgeschlossen.

In Wirklichkeit sind weitere Zechenstilllegungen und die Vernichtung zehntausender bergmännischer Ausbildungs- und Arbeitsplätze bei der konservativen Energiepolitik vorprogrammiert. Die von Franz Josef Strauß und anderen CDU/CSU-Politikern geforderte "Abkehr von der Kohlevorrangpolitik" führt zwangsläufig zu weiteren Zechenstilllegungen. Dabei kommt diesen Politikern die aktuelle Debatte um den "sauren Regen" sehr zupass.

Um aber gleich Mißverständnissen vorzubeugen, wird sozialdemokratischerseits kein Zweifel daran gelassen, wie ernst wir die Umweltbelastungen als Folge der Verbrennung aller fossilen Rohstoffe nehmen. Wir lassen nur nicht zu, daß die Debatte verengt wird auf die Kohlekraftwerke. Immissionen entstehen zu 15 bis 20 Prozent durch Kohlekraftwerke, der Rest entfällt auf die übrige Industrie, auf Autoabgase und die industriellen und privaten Einzelfeuerungen.

Wir lassen die Verengung der Diskussion vor allem nicht zu, wenn wie bei Strauß, Späth, Breuel und anderen dahinter steckt, Kohlestrom durch Kernenergiestrom zu ersetzen.

Die Kohlevorrangpolitik darf nicht aufgegeben werden zugunsten eines Kernenergievorrangs. CDU/CSU und FDP sind offensichtlich auf diesem Weg in die falsche Richtung.

Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl zeigt auch auf diesem Feld die Spuren einer Strauß'schen Handschrift zeigen.

Die FDP und ihr Wirtschaftsgraf machen mit. Einmal mehr verläßt diese "Wende-Partei" ein Stück erfolgreicher Politik der sozialliberalen Koalition.

Die Energieverbraucher, die Bergleute und die Bergbauregionen werden für diese Fehler der CDU/CSU/FDP-Regierung die Zeche bezahlen müssen.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften werden dagegen für die Fortsetzung einer ausgewogenen Energiepolitik kämpfen. (-/6.5.1983/ks/rs)

+ + +



Der Weltwendemeister  
-----

In der CSU kriselt es an Haupt und Gliedern

Von Fridolin Scheuble

Pressesprecher der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Ob eine bayerische FDP, die sich gerade ihrer liberalen Paradedame Hildegard Hamm-Brücher entledigt hat, die in der Person von Manfred Brunner einen Vorsitzenden gewählt hat, der vor allem anderen mit Hilfe der CSU Bürgermeister in München werden will - ob eine solche bayerische FDP, die sich zunehmend in konservative Umarmungen verstricken läßt, einen wesentlichen Beitrag dazu leisten kann, die CSU, wie auf dem FDP-Parteitag am vergangenen Wochenende als Acht-Jahres-Programm verkündet, unter 50 Prozent zu drücken, muß bezweifelt werden. Gleichwohl könnte das Ziel, die CSU mit Hilfe der Wähler wieder kompromißfähig zu machen, schneller als die FDP denkt, erreicht werden: In der CSU kriselt es an Haupt und Gliedern.

Augsburg wird von der CSU-Führung als Sonderfall, als schwäbische Spezialität, abgetan. Diese Version ist nicht haltbar. Augsburg ist ein Krankheitssymptom der CSU insgesamt. Die Zeit, da sich insbesondere die kommunalen Mandatsträger der CSU von überheblichen Parteiführern gängeln und schikanieren lassen, ist offenkundig vorbei. An der kommunalen CSU-Basis wird der Aufstand nicht mehr nur geprobt, sondern praktiziert. Freising ist ein weiteres Beispiel. Auch aus anderen Städten und Gemeinden kommen Meldungen, die von einem wachsenden Selbstbewußtsein der Stadt- und Gemeinderäte zeugen.

In der CSU-Landtagsfraktion ist es bisher zwar gelungen, den wachsenden Widerstand gegen die Obrigkeit vor der Öffentlichkeit zu kaschieren. Fast jeder Landtagsjournalist hat jedoch erlebt, daß CSU-Abgeordnete - natürlich mit der dringenden Bitte, um Gottes Willen nicht zitiert zu werden - gegen den autorität-naßforschen Fraktionsvorsitzenden Tandler und auch gegen den großen Vorsitzenden selbst vom Leder zogen.

Auch von der Bonner CSU-Landesgruppe wird Merkwürdiges berichtet. Daß etwa der Innenminister Zimmermann den eher liberalen Manfred Schreiber zum Polizeichef machte, wird nicht nur als Ergebnis von Spezlwirtschaft interpretiert, sondern auch als Absetzbewegung gegenüber Strauß. Kein Zweifel: Zimmermann und die Mehrzahl der Bonner CSU-Minister setzen auf Kohl, nicht auf Strauß. Sie wollen die Teilhabe an der Macht, sie wollen Posten, die ihnen nicht Strauß garantieren kann, sondern nur der Bundeskanzler.

Daß Strauß jetzt die fünf CSU-Minister nach München zur Einstimmung auf die Regierungserklärung zitierte - dies stellt einerseits eine öffentliche Demütigung der Beteiligten dar; andererseits verrät diese Demonstration von Strauß nicht Macht, sondern Schwäche: Wer sich dergestalt als "Chef" aufspielt, hat's nötig. Das mag ein paar Mal gutgehen. Aber irgendwann lassen sich auch CSU-Minister nicht mehr wie Schulbuben vorführen.

Sicher ist: Strauß spürt den Wind im Gesicht. Und rennt wütend dagegen an. Er spielt den Chef, den Nebenzkanzler, den außen- und deutschlandpolitischen Weichensteller, den Weltwendemeister. Einem Politiker kann nichts Schlimmeres widerfahren, als nicht mehr ernst genommen zu werden. Der verbitterte CSU-Vorsitzende wurde dieser Tage von einem FDP-Mann (Möller) als ein "Fall für den Psychiater" angesprochen. Dies ist eine grobe Ungezogenheit, es zeigt aber etwas von der Stimmung, mit der Strauß konfrontiert ist.

Hat Strauß eine Strategie? Will er die Deutschland- und Ostpolitik zum Ersatz-Schlachtfeld für die Wirtschaftspolitik, wo die Wende nicht funktioniert, machen? Antikommunismus statt Wachstum? Will er die FDP auf Null bringen? Will er gar die neue Koalition platzen lassen und Neuwahlen erzwingen? Wahrscheinlich ist: Nichts von allem. Es schlägt einer um sich, der nicht wahrhaben will, daß er am Ende doch nur eine Fußnote der Geschichte sein wird.

(-/6.5.1983/ks/rs)

+ + +



Zur Einstellung der Produktion von 2,4,5-T

Jetzt ist noch ein Anwendungsverbot für das Pflanzenschutzmittel erforderlich

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Arbeitsgruppe "Umweltpolitik" der SPD-Bundestagsfraktion

Die Entscheidung der Hamburger Firma Boehringer, die Produktion des dioxinhaltigen Pflanzenschutzmittels 2,4,5-T zu beenden, kommt überraschend, insbesondere nachdem selther die von diesem Mittel ausgehenden Gefahren von seiten der Chemiebranche ständig verniedlicht wurden.

Das Mittel ist in über 60 Präparaten auf dem Markt, es wird über Wäldern versprüht, auf Getreidefeldern, Wiesen, Obst- und Rebkulturen ausgebracht und auch an Straßenrändern zur Unkrautvernichtung eingesetzt. 1980 wurden rund 1.000 Tonnen 2,4,5-T hergestellt, davon ging der größte Teil in den Export.

Nach über zweijährigem Kampf konnte erreicht werden, daß die Zulassung zur Anwendung von 2,4,5-T, das in geringen Mengen das Seveso-Gift enthält, vom Bundesgesundheitsamt mit Wirkung ab 31. Oktober 1982 aufgehoben wurde. Dagegen gingen fünf Chemiefirmen mit einer Klage vor Gericht. Noch vor der gerichtlichen Entscheidung wurde die Zulassung jedoch wieder erteilt, befristet auf weitere drei Jahre. In der Zwischenzeit hatte allerdings die Bundesbahn aufgrund einer Anweisung des früheren Bundesverkehrsministers Dr. Hauff verfügt, daß an den Bahngleisen das Pflanzengift nicht mehr versprüht werden darf.

Fünf Bundesländer, darunter Hessen und Nordrhein-Westfalen, haben die Anwendung in ihren Staatsforsten und an den Landesstraßen verboten. Der Abnehmerkreis wurde also geringer. Ob der Beschluß des Bundesrats vom 29. April 1983, wonach der Dioxin-Transport in der Bundesrepublik verboten wurde, die Länder jedoch die Möglichkeit zu Ausnahmegenehmigungen erhielten, der tatsächliche Grund für die Entscheidung der Hamburger Chemiefirma war, darf füglich bezweifelt werden.

Dennoch ist die Entscheidung zum Herstellungsstop zu begrüßen. Nicht allerdings die Art, eine solche Entscheidung ohne Mitwirkung des Betriebsrats zu treffen. Die Lagerung dioxinhaltiger Abfälle hat auch in der Bundesrepublik zu großen Problemen geführt, ebenso wie die Verbrennung von TCDD-Rückständen auf hoher See.

Aus umweltpolitischer Sicht ist die Produktionseinstellung zwar ein richtiger Schritt; entscheidend aber muß ein Anwendungsverbot im ganzen Bundesgebiet sein. Solange dies nicht erfolgt ist, kann das Gift importiert werden und weiterhin die Umwelt und die menschliche Gesundheit bedrohen. Gleichzeitig sollte das Verbot von Herstellung und Verwendung dioxinhaltiger Mittel auf EG-Ebene angestrebt werden.

Es ist höchste Zeit, den reichgefüllten Giftschrank, den die Chemie weltweit anbietet, zu entrümpeln und zuallererst Ultragifte wie TCDD daraus zu entfernen. Im land- und forstwirtschaftlichen Bereich müssen mechanische Unkrautbekämpfung und integrierter Pflanzenschutz wieder Vorrang vor der chemischen Keule bekommen.

(-/6.5.1983/ks/rs)

+ + +



Gedenken an Hinrich Wilhelm Kopf  
-----

Der langjährige Ministerpräsident Niedersachsens wäre heute 90 geworden

Von Karl Ravens MdL

Landesvorsitzender der niedersächsischen SPD

Der Sozialdemokrat Hinrich Wilhelm Kopf zählte wie Ernst Reuter, Wilhelm Kaisen und Georg-August Zinn zu den markantesten politischen Persönlichkeiten der ersten Nachkriegsjahre, die noch vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland den Boden für den parlamentarischen Wiederaufbau bereiteten. Wie kaum ein Politiker nach ihm erlangte er große Popularität quer durch die Parteienlandschaft, seinen guten Kontakten zu der einstigen Welfischen Bewegung verdankte er seinen Beinamen der "Rote Welfe".

Der in Neuenkirchen im Kreis Hadeln geborene Landwirtssohn, der als 14-jähriger auf eigene Faust nach Amerika ging, später in Göttingen Jura studierte und über den preußischen Innenminister Carl Severing zur SPD fand (1920 wirkte er im preußischen Innenministerium), wurde nach 1945 Oberpräsident der Provinz Hannover, dann bei der Gründung des Landes Hannover dessen erster Ministerpräsident. Er schuf in zähen Verhandlungen mit der Militärregierung und den Politikern der anderen Landesteile die Strukturen des heutigen Niedersachsens. An der Ausarbeitung der vorläufigen niedersächsischen Verfassung - an der er auch in seinem einsamen Refugium des Neuwerker Leuchtturms arbeitete - hatte er maßgeblichen Anteil. Sein Allparteien-Kabinetts im ersten ernannten niedersächsischen Landtag hatte sich mit den gewaltigen Problemen der von einem großen Flüchtlingsstrom überlagerten Trümmer- und Hungerjahre auseinanderzusetzen. Als sich in Hannover ein Demonstrationzug niedersächsischer Bürger zum Sitz der Militärregierung formierte, um eine Verbesserung der Hungerrationen zu verlangen, setzte sich Hinrich Wilhelm Kopf an die Spitze.

Die Regierung Kopf leistete entscheidendes durch das Flüchtlingsbedarfsgesetz und durch die wegweisende Ödlandkultivierung, durch Aufteilung von Staatsdomänen und ihre Siedlungspolitik. Herausragende parlamentarische Werke waren das Schulgesetz, das christliche Gemeinschaftsschulen zur Regelschule erklärte und Bekenntnisschulen unter bestimmten Voraussetzungen zuließ, und der Aufbau des damaligen Nordwestdeutschen Rundfunks.

Kopf blieb in wechselnden Kabinetten bis zu seinem Tode am 21. Dezember 1961 Regierungschef. Mit einer kurzen Unterbrechung: 1955 bildeten die bürgerlichen Parteien unter Heinrich Hellwege (DP) eine Koalition gegen die SPD. Sie zerbrach nach zwei Jahren, weil die FDP-Fraktion Abgeordnete der Rechtsradikalen DRP aufgenommen hatte. Die Sozialdemokraten wurden am Kabinetts Hellwege beteiligt, Kopf wurde Vizeregierungschef (und zugleich Innenminister) und 1959 war er wieder Ministerpräsident.

Kopf, der als "roter Landrat" in Neuenkirchen den Bau einer der damals noch umstrittenen Mittelpunktschulen durchsetzte und zugleich ausgezeichnete Kontakte zu den Kirchen hielt (1949 gehörte er zu den Schirmherren der "Deutschen Evangelischen Wochen" in Hannover), war Sozialist, aber keiner vom Schlage der Programmatiker oder Doktrinäre. Er war ein Mann des Ausgleichs, aber auch ein gefürchteter Taktiker, der bei seinen berühmten Doppelkopfpartien in ländlichen Kneipen das Kartenspiel mit der politischen Argumentation zu vermischen vermochte.

Die Niedersachsen empfanden ihn in allen Landesteilen als einen der ihren, Ehrungen machten es deutlich: Die Stadt Otterndorf ernannte ihn zum Ehrenbürger, die technische und tierärztliche Hochschule in Hannover zum Ehrensensator, die Universität Göttingen zum juristischen Ehrendoktor. (-/6.5.1983/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Die Essener SPD-Bundestagsabgeordneten Otto Reschke und Peter Reuschenbach haben sich an den Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, Dr. Thoma, und den Chef der Kreishandwerkerschaft, Hohmeyer, gewandt, um die Wirkung der Lehrstellen-"Garantie" des Bundeskanzlers zu hinterfragen. Wir dokumentieren das Schreiben.

SPD-Anfrage bei der IHK Essen: Was bringt die Lehrstellen-"Garantie"?

"Viele junge Menschen wenden sich aus Enttäuschung über das Lehrstellenvermittlungsversprechen des Kanzlers an uns.

Unsere Gespräche mit Ausbildern, Eltern und jungen Menschen geben Anlaß zu tiefer Sorge über Verzerrungen und Bevorzugung in der Ausbildungsplatzvermittlung, aber auch in der Verknappung des offiziellen Lehrstellenangebots für das Arbeitsamt und der Änderung der bisherigen Vermittlungswege. Für viele Eltern und junge Menschen ist die Erlangung eines Ausbildungsplatzes in diesem Jahr undurchschaubar geworden. Ein zweiter Vermittlungsmarkt - ein inoffizieller - scheint entstanden zu sein, wo sie doch auf gleichberechtigte und chancengleiche Vermittlung über den bisherigen Weg gehofft haben.

Wir wären für eine baldige Beantwortung nachfolgender Fragen dankbar, um die inoffizielle Lehrstellenvermittlung erkennbar zu machen, aber auch, um Befürchtungen zerstreuen zu können, daß nun Verzerrungen in der Vermittlung, Verringerung des offiziellen Angebots an Lehrstellen und Ausschaltung der Chancengleichheit bei der Erlangung eines Ausbildungsplatzes eintreten könnten.

1. Wie schätzen Sie die Lehrstellengarantie von Bundeskanzler Kohl für das Jahr 1983 ein und hat sie zu einem vermehrten Lehrstellenangebot in Ihrem Bereich geführt?
2. Wie wird die Kreishandwerkerschaft im Auftrag des Kanzleramtes entsprechend einer Vereinbarung der Verbände mit dem Kanzleramt vermittelnd tätig oder werden Ihnen bekannte freie Ausbildungsplätze dem Arbeitsamt - wie in den vergangenen Jahren - zur Vermittlung gemeldet?
3. Hat die Tätigkeit des Kanzlers und nachfolgend der Kreishandwerkerschaft zu einer Verringerung des Lehrstellenangebots über das Arbeitsamt geführt und wie hoch ist das Lehrstellenangebot bis Mai 1983 gegenüber 1982?
4. Welche Benachteiligungen sind eingetreten oder können eintreten für junge Menschen, die den offiziellen Weg der Lehrstellenvermittlung über das Arbeitsamt gegangen sind?
5. Welche Chancen auf Ausbildungsplätze gibt es im kaufmännischen Bereich; insbesondere für Mädchen?
6. Können benachteiligte Jugendliche in Ausbildungsverhältnisse vermittelt werden? Werden außerbetriebliche Ausbildungsgänge für diesen Personenkreis von Ihnen unterstützt?
7. Welche Möglichkeiten gibt es für die sogenannte "nicht ausbildungsfähigen" Jugendlichen und können besondere Bildungsgänge installiert werden, damit diese Jugendlichen nicht schon in jungen Jahren zu sozialen Randgruppen werden?

Wir würden gerne von Ihnen hören.

Mit freundlichen Grüßen

gezeichnet Otto Reschke

gezeichnet Peter Reuschenbach"

(-/6.5.1983/ks/rs)

+ + +

